

Sollen die Soliden noch mehr bestraft werden?

Lebhafte Debatten über die europäische Identität am Europa-Forum Wachau

Europa wird nur eine Zukunft in Freiheit haben, wenn es sich im globalen Wettbewerb behaupten kann. Ob dies mit mehr oder mit weniger Kompetenzen Brüssels geschieht, war eine der Grundfragen am 17. Europa-Forum Wachau in Österreich.

Hugo Bütler, Göttweig

Just am Wochenende der Parlamentswahlen in Frankreich und Griechenland hat man sich am 17. Europa-Forum Wachau auf dem Benediktinerstift Göttweig in Österreich mit der Identität Europas befasst und zu eruieren gesucht, was sie – zwischen Vielfalt und Einigung – letztlich ausmacht. Im Sinne der Gründerväter Monnet und Schumann setzte man auf hartnäckige Aufbauarbeit, «Stück für Stück», auch in Zeiten der Krise, und war eher weit davon entfernt, den Entscheid der Griechen als «Schicksalswahl» am Abgrund zu dramatisieren.

Solide Stimme aus Bayern

Unter den Rednern stach die bayrische Staatsministerin für Bundes- und Europa-Angelegenheiten, Emilia Müller, hervor. Sie rückte den 59. Gedenktag für den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR als Symbol des Freiheitswillens in Europa ins Licht und bemerkte, dass für Frieden und Wohlstand künftig Änderungen in der Wirtschafts- und Währungsunion unumgänglich seien. Europa, so erklärte Müller, müsse sich im globalen Wettbewerb behaupten. Es überstehe die Veränderungen nicht als eine geschützte Insel. Solide öffentliche Finanzen blieben dafür Voraussetzung; Bayern will seine Schulden bis 2030 gänzlich tilgen. Die Euro-Bonds bezeichnete Müller als Bestrafung der Soliden und stellt sich gegen eine «Egalisierung» aller im «Mittelmass der Bondzinsen». Hilfe an Leistungsschwächere könne nur als Hilfe zur Selbsthilfe erfolgen, Notkredite und Bankenrettung nur unter klaren Auflagen.

Starke und Schwache

Europa soll nach Müller stärker aus der Krise hervorgehen, als es in sie hineinschlitterte. Mit Kompetenzverlagerungen von den Mitgliedstaaten nach Brüssel seien auch die Volksbeteiligungsrechte zu verstärken. Die nationalen Parlamente müssten den Rettungskrediten zustimmen können. Bei der Stärkung der Regionen über nationale

Grenzen hinweg gibt es nach Müller viele Hindernisse; Wirtschaft und Kultur sollten da mehr als bisher eine Symbiose bilden. Zu hören war am Rande der Tagung, dass Ungarn sich gegen den Ausbau der Gütertransporte auf der Donau sperrt, offenbar zugunsten der eigenen Bahnwege.

Vom amerikanischen Präsidenten Abraham Lincoln stammt das Diktum, man könne die Armen nicht stärken, indem man die Reichen arm mache, wie man auch nicht die Schwachen stärkt, indem man die Starken schwach macht. Der Gesprächsmoderator, Paul Lendvai, der nach dem Ungarnaufstand 1956 nach Wien geflüchtet war und die Kombination von Patriotismus und Weltbürgertum verkörpert, hob Lincolns Gedanken bei der Debatte über kulturelle Projekte in den Regionen hervor. Es gab da unter anderem Kritik, dass die EU einseitig auf Grossprojekte setze, wo doch kleine Initiativen wie zum Beispiel Wanderkinos oft viel näher an die Leute herankämen und deren Motivation und ihr Engagement besser belebten. Mit Blick auf junge Menschen sind Vielfalt der Ausbildungschancen, Ermöglichung von Mobilität sowie Aneignung anderer Sprachen wichtig.

Das vom Landeshauptmann Erwin Pröll und vom Wiener Aussenministerium veranstaltete Forum rückte mitten in der Debatte über Schulden und Hilfs-gelder das Motiv der Friedensstiftung und der politischen Verständigung bei der Gemeinschaftsgründung mit einem Auftritt des österreichischen Zeitzeugen und Historikers Hugo Portisch hervor. In seiner Schlussfolgerung, dass der Weg aus der gegenwärtigen Krise nur mit «mehr Europa», mit einer Vertiefung der Union, zu finden sei, sah sich Portisch mit der deutschen Kanzlerin Merkel in Übereinstimmung.

Pröll sieht Bedarf an Zeit und Geduld, um mit dem Pendel zwischen Rückschlägen und Fortschritten zu rechtzukommen. Er setzt für gute Entwicklung stark auf die Regionen, obwohl diese im Vergleich zu den Nationalstaaten über die Grenzen hinweg institutionell meist noch schwach ausgebildet sind. Der Auftritt des Präsidenten des auf der Basis des Strassburger Europarats gebildeten Kongresses der Gemeinden und Regionen, Keith Whitmore, rief in Erinnerung, dass das Europa der Menschenrechtskonvention fast doppelt so viele Staaten umfasst, wie die erweiterte EU Mitglieder hat, unter anderem seit 1948 auch die Türkei.

Krebsübel Schulden

Brüsseler Stimmen kamen mit dem EU-

Kommissar für Regionalpolitik, Johannes Hahn, dem Vizevorsitzenden des EU-Parlaments Karas und mit Elmar Brok zum Zug, der im Europäischen Parlament den Ausschuss für Aussenpolitik leitet. Brok kritisierte unter anderen die Investmentbanker scharf, weil sie dem Staat Verschuldung vorwerfen, ohne zu erwähnen, dass die Schulden zwecks Bankenrettung massiv aufgestockt wurden. Dass gerade in Deutschland Banken im Staatsbesitz am stärksten verschuldet sind, blieb unerwähnt. Im Votum des slowakischen Vizeregierungschefs Lajcak fiel die Warnung vor Protektionismus der EU auf; beim österreichischen Aussenminister Spindelegger, Vizekanzler seiner Regierung, das Engagement für mehr direkte Demokratie und für den Schutz von bedrohten Christen in muslimischen Ländern.